

Neue Tuareg-Rebellion: Der Niger in der „Konfliktfalle“?

Matthias Basedau und Benjamin Werner

Am 9. Dezember kamen bei einer Regierungsoffensive gegen Tuareg-Rebellen der *Mouvement des Nigériens pour la Justice* (MNJ) sieben Zivilisten ums Leben. Seit Anfang des Jahres sind Armeeposten und Infrastruktur rund um Uranminen in der Landesmitte wiederholt Ziel von MNJ-Angriffen. Dem Land droht eine Neuauflage des gewaltvollen Konfliktes der 1990er Jahre.

Analyse:

- Die Anfang 2007 gegründete MNJ ist Hauptträger der Tuareg-Rebellion. Ihre Hauptforderungen betreffen – ähnlich wie in den 1990er Jahren – eine größere Beteiligung an den Urangewinnen, ein umfassendes Entwicklungsprogramm und die politische Dezentralisierung zugunsten der Tuareg-Region.
- Der Konflikt hat mehrere Ursachen, die vor allem in der historisch gewachsenen politischen und ökonomischen Unzufriedenheit der Tuareg zu finden sind.
- Sollte die neue Rebellion einen ähnlichen Verlauf wie der erste Aufstand der Tuareg nehmen, droht die „Konfliktfalle“ einer verheerenden Armut- und Gewaltspirale.
- Das Land kann der „Konfliktfalle“ nur entkommen, wenn die Forderungen der Rebellen ernst genommen werden. Dazu sind deutliche Entwicklungserfolge in Bildungs- und Bevölkerungspolitik, Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und der Aufbau einer effektiveren Verwaltung sowie ein höherer Anteil der Uraneinnahmen für die Bevölkerung in den Fördergebieten notwendig.

Schlagwörter: Niger, natürliche Ressourcen, Gewaltkonflikt, Tuareg, Konfliktfalle

1. Einleitung

Das weitläufige, mehrheitlich von Tuareg bewohnte Gebiet im Norden und Nordosten des Niger war auch in den letzten Jahren nie gänzlich frei von vereinzelter Gewalt. Am 8. Februar 2007 markierte jedoch ein Angriff der bis dahin unbekanntem *Mouvement des Nigériens pour la Justice* (MNJ) auf einen Militärstützpunkt nahe Iferouane den Beginn regelmäßiger Attacken auf Militärbasen und Versorgungseinrichtungen für Uranminen. Am 20. April attackierten MNJ-Kämpfer eine Uranmine der französischen Areva-Gruppe, die sich rund 1.200 Kilometer nordöstlich Niameys, nahe der algerischen Grenze, befindet. Das nigrische Parlament bewilligte im Schnellverfahren 60 Mio. US\$ zur Sicherung der Uran- und Ölvorkommen, und Präsident Mamadou Tandja veranlasste die Verlegung von 4.000 Soldaten, knapp die Hälfte der staatlichen Sicherheitskräfte, in das Gebiet um Agadez.

MNJ-Kämpfer griffen mehrfach Elektrizitätswerke und Treibstofflager an, welche die Energieversorgung von Uranminen sicherstellen. Auf der Internetseite der MNJ wurde verkündet, dass jeglicher Lastverkehr auf den Uranrouten verboten sei und dass Angriffe auf Uranminen erst bei einer größeren Gewinnpartizipation der lokalen Bevölkerung eingestellt würden. Neben ökonomischen wurden militärstrategisch bedeutende Ziele von der MNJ attackiert. Im Juni erreichten die Angriffe ihren Höhepunkt, als 15 Regierungssoldaten im Gebiet um Tazerzait getötet wurden. Am 24. August verhängte Präsident Tandja die „Gefährdungslage“ (*l'état de mise en garde*, noch unterhalb des Ausnahmezustandes) über die Konfliktregion, der Ende November um weitere drei Monate verlängert wurde und den Sicherheitskräften mehr Handlungsspielraum bei der Verfolgung von „Banditen“ eröffnet. Im September verkündete die MNJ angesichts des beginnenden Ramadan einen temporären Waffenstillstand, kündigte jedoch die Rückkehr zu den Waffen an, sobald der islamische Fastenmonat beendet sei.

Libyens Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi, dem Waffenlieferungen an die Rebellenbewegung vorgeworfen werden, verhandelte mit der MNJ und konnte die Freilassung von 14 bei den Kampfhandlungen entführten Regierungssoldaten erwirken. Ein Angebot des burkinischen Außenministers Djibril Bassolet, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, war zuvor bereits von der Regierung in Niamey ausgeschlagen worden. Die Regierung ver-

weigert weiterhin die Anerkennung der Rebellengruppe und beschuldigt die MNJ, unter dem Deckmantel der Rebellion vor allem Drogen- und Waffenschmuggel zu betreiben. Die Regierung verfolgt damit die gleiche Strategie wie Anfang der 1990er Jahre. Erst 1992 erkannte die Regierung die Existenz der Rebellen (u. a. die *Front de Libération de l'Air et de l'Azaouad* – FLAA) an, nachdem sie die Überfälle zuvor ebenfalls „Banditen“ zugeschrieben hatte.

Der letzte Angriff der MNJ datiert offenbar vom 25. Oktober, wobei in der Nähe von Touara mindestens zwölf Regierungssoldaten ihr Leben verloren haben sollen. Dass ein nahes Ende der Kampfhandlungen nicht in Sicht ist, bestätigte sich am 9. Dezember, als Regierungstruppen einen vermeintlichen MNJ-Konvoi attackierten, wobei nach Regierungsangaben ein Rebell getötet wurde. Das Verteidigungsministerium musste freilich eingestehen, sieben Zivilisten irrtümlich getötet zu haben.

2. Ziele und Taktik der MNJ

Die MNJ fordert eine größere Beteiligung an den Gewinnen aus der Uranproduktion in den von Tuareg bewohnten Gebieten, ein umfassendes Entwicklungsprogramm für den Norden des Landes, die Dezentralisierung der politischen Strukturen und mehr Ämter für Tuareg in der Regionalregierung von Agadez. Besonders beklagt sie die mangelhafte Umsetzung der Friedensabkommen von 1994 und 1995, die den ersten Aufstand der Tuareg beendet hatten.

Auch der bisherige Verlauf der Kampfhandlungen zeigt deutliche Parallelen zum ersten Aufstand. Die MNJ setzt auf eine Guerillataktik, die durch Überfälle und Überraschungsangriffe gekennzeichnet ist. Neben militärischen Zielen und der Infrastruktur sind vor allem ökonomische Ziele im Fadenkreuz der Rebellen. Wie beim ersten Aufstand wird versucht, den Uranabbau – sowie nun ebenfalls die Entwicklung des Erdölsektors – durch Angriffe, Drohungen und Entführungen ausländischer Fachkräfte zu behindern.

Der Konflikt zeichnet sich durch den massiven Einsatz von Landminen aus, die von beiden Parteien auf den Hauptstraßen rund um Agadez gelegt wurden und den Großteil der Opfer forderten. Auf Seiten der Regierungstruppen sind bisher insgesamt etwa 50 Opfer zu beklagen. Von Opfern auf Seiten der Rebellen wird kaum berichtet, was mit der effizienten Angriffsstrategie der MNJ, aber auch

lediglich mit der eingeschränkten Berichterstattung zu tun haben könnte.

Generell sind verlässliche Informationen schwer erhältlich. Die freie Berichterstattung der Medien wird durch die Regierung massiv eingeschränkt. Das Erscheinen der Zeitung *Air Info* wurde bereits zeitweilig verboten, an *Liberation*, *L'Opinion* und *L'Événement* gingen deutliche Warnungen. Journalisten ist der Zutritt zum Gebiet um Agadez verwehrt oder sie wurden mit fragwürdigen Begründungen verhaftet, was Mitte Oktober einen Protestmarsch von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in Niamey veranlasste. Gleichzeitig nahmen Sicherheitskräfte mehrere Zivilisten in den Städten Agadez und Arlit aufgrund angeblicher Komplizenschaft mit „illegalen Gruppierungen“ fest.

3. Verheerende Folgen des Konfliktes

Die humanitäre Situation im Norden bereitet internationalen Organisationen zunehmend Sorge. Nach Angaben des stellvertretenden Bürgermeisters der Wüstenstadt Iferouane befindet sich ein großer Teil der 5.000 dort ansässigen Bewohner auf der Flucht, um weiteren „Schikanen“ der Armee zu entgehen. Bereits während der ersten Rebellion wurde von massiven Übergriffen der Armee gegenüber der Tuareg-Bevölkerung berichtet. Repressalien der nigrischen Regierung hatten damals zu einer Verschärfung des Konfliktes geführt und die Solidarisierung vieler Tuareg mit der Rebellion bewirkt. Eine mediale Kontrolle des Armeevorgehens in den abgeriegelten Konfliktzonen ist angesichts der massiven Presseinschränkungen kaum möglich.

Hinzu kommt die bedrohliche Lebensmittelknappheit in der Region Air nördlich von Agadez, die unter anderem auf verschiedene Rebellenblockaden und die Verminung wichtiger Zufahrtsstraßen zurückzuführen ist. Laut eines Berichtes der Vereinten Nationen sollen einige Tuareg-Abgeordnete des nationalen Parlamentes mit der Führung der MNJ in Verhandlungen stehen, um eine friedliche Konfliktlösung herbeizuführen. Darüber hinaus verhandeln Hilfsorganisationen wie *Africare* oder *SOS Initiative for Iferouane* mit der MNJ, um sichere Hilfslieferungen zu gewährleisten.

Eine Eskalation oder selbst nur ein Andauern des Konfliktes hätten sicherlich verheerende Folgen. Als eines der ärmsten Länder der Welt kann sich der Niger einen bewaffneten Konflikt nicht leisten. Erhebliche Teile des kleinen Staatshaushalts

müssten in militärische Aktivitäten fließen. Prioritäten wie Bildung und Grundversorgung der Bevölkerung würden weiter vernachlässigt werden. Ausländische Firmen wie Areva oder die chinesische Sino-U könnten von weiterem Engagement in dem Gebiet Abstand nehmen. Die Kämpfe haben zudem bereits die Prospektionstätigkeit im Erdölsektor behindert; chinesische Firmen zogen sich nach der Entführung von Mitarbeitern zeitweilig aus dem Gebiet zurück. Der gewaltsame Konflikt minimiert überdies das Potenzial des bislang wenig entwickelten Tourismussektors, wo vor allem das Gebiet der Tuareg eine Attraktion darstellt. Außerdem wären negative Auswirkungen auf die junge Demokratie Niger zu befürchten. Die genannten Repressalien gegen die unabhängige Presse – mit der offiziellen Begründung, die militärische Sicherheit sei nicht mehr gewährleistet – könnten sich verschärfen. Auch ist angesichts der instabilen Lage die Gefahr eines Militärputsches gestiegen – zuletzt putschte das Militär 1996 und 1999. Ein in der Armeeführung herrschendes Gefühl der Demütigung angesichts der Überfälle und Entführungen könnte diese Tendenz verstärken.

4. In der Konfliktfalle?

Was sind die Ursachen des erneuten Aufstandes? Insgesamt entsteht ein komplexes Bild, das strukturelle Konfliktursachen aufzeigt: Faktoren wie niedrige Einkommen, geringes Wachstum und Abhängigkeit von Ressourcenexporten sowie eine vorhergehende Konfliktgeschichte treffen allesamt auf den Niger zu. Ergänzt durch spezifische historische und ethnische Merkmale entspricht dies der Konstellation einer „Konfliktfalle“ (Collier et al. 2003), die als Ursachenbündel wiederholten Konfliktausbruchs identifiziert wurde. Vier Faktoren sind dabei besonders relevant: 1. die strukturellen Entwicklungsprobleme des Niger, 2. die politische Geschichte der Marginalisierung der Tuareg, 3. Defizite in der Regierungsführung und 4. die Verteilung der Uraneinnahmen.

4.1. Strukturelle Probleme

Der Niger ist eines der ärmsten Länder der Welt. Im *Human Development Index* 2007 erreichte das Land lediglich Platz 174 von 177. Die überwiegend auf agrarischer Subsistenzwirtschaft und Uranproduk-

tion beruhende Ökonomie wird zusätzlich durch für die Sahelzone typische Dürreperioden geschwächt, die – zuletzt 2005 – zu erheblichen Engpässen bei der Lebensmittelversorgung geführt haben. Trotz alledem schienen die wirtschaftlichen Prognosen Hoffnung auf eine Verringerung der Armut zu machen. Anlass dazu gaben die ertragreichen Ernten in den Jahren 2006 und 2007 sowie der Uranabbau; für 2008 und 2009 werden Wachstumsraten zwischen 4,5 und fünf Prozent prognostiziert, die allerdings nicht zuletzt von ausreichenden Regenfällen abhängen werden.

Weitere Entwicklungsnachteile sind die Binnenlage, „schlechte Regierungsführung“, die sozialen Disparitäten zwischen Stadt und Land sowie zwischen Nord und Süd. Das Land weist überdies mit Wüsten- und Bergregionen topographische Merkmale auf, die den Guerillataktiken von Rebellen Gruppen besonders entgegenkommen – und somit die „Kosten“ einer Rebellion senken. All dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte um die knappen öffentlichen Güter gewaltsam ausgetragen werden, wobei in einem ethnisch heterogenen Land ethnische Unterschiede zusätzlich eine Rolle spielen.

4.2. Schwarzafrikaner gegen Weißafrikaner?

Die heutige Situation der Tuareg und die gegenwärtige Rebellion sind ohne einen Blick in die Geschichte nicht zu verstehen. Die vor allem im Zentrum und Norden des Niger ansässigen Tuareg – etwa acht Prozent der Bevölkerung – werden zu den „Weißafrikanern“ gerechnet, während die Mehrheit der nigrischen Bevölkerung (etwa 55 % Haussa, 21 % Djerma-Songhai, 9 % Peul) schwarzafrikanischen Ursprungs ist und den Süden bewohnt. Es wäre verfehlt, den erneuten Aufstand als unausweichliche Auseinandersetzung zwischen ethnischen Gruppen oder Rassen anzusehen, zumal die Rebellen sich nicht allein aus Tuareg rekrutieren und auf der anderen Seite auch Tuareg loyal zur Regierung stehen. Die nicht zu leugnenden Unterschiede zwischen Tuareg und der übrigen nigrischen Bevölkerung erleichtern es jedoch, Kämpfer im Kontext des Verteilungskonfliktes zu mobilisieren.

Die heutige Marginalisierung der Tuareg hat eine lange Vorgeschichte. Im 19. Jahrhundert verloren die Sahara- und die Sahelzone durch die Nutzung der neu entdeckten Seewege an wirtschaftlicher Bedeutung, was den traditionellen Handel für die Tuareg erschwerte. Die koloniale Grenzzie-

hung durch Frankreich zerschnitt Karawanenrouten und behinderte den Zugang der nomadischen Tuareg zu traditionellem Weideland. Die postkoloniale Staatenbildung beendete die ungebundene und beherrschende Stellung der Tuareg, die wie in Mali auch im Niger zu einer Minderheit wurden.

Seit der Unabhängigkeit wird das Land von der schwarzafrikanischen Mehrheit dominiert, was von den Tuareg als Demütigung empfunden wird. Resentiments gibt es umgekehrt ebenso gegenüber den Tuareg. Zwar war Sklaverei selbst unter den schwarzen Bevölkerungsgruppen verbreitet, doch die rassische Trennung von „schwarzen“ Sklaven und „weißen“ Herren wurde nur bei den Tuareg praktiziert.

4.3. Der Konflikt der 1990er Jahre

Nach der Unabhängigkeit des Niger im Jahr 1960 versuchte die Regierung, die Tuareg zur Sesshaftigkeit zu zwingen. Es folgten Landübertragungen an Bauern aus dem Süden, die eine traditionelle Lebensweise der Tuareg weiter erschwerten und sie in dem Glauben bestärkten, dass eine wirtschaftliche Benachteiligung der nördlichen Regionen bestehe. Die in den Tuareg-Gebieten erschlossenen Uranlager leiteten große Investitionsströme ins Land, die den Tuareg hingegen nur in geringem Maße zugute kamen.

Im Norden des Landes verschlechterten sich die Lebensumstände weiter, als sich 1974 Seyni Kountché an die Macht putschte, der den Tuareg wenig wohlwollend gegenüberstand. Dürren in der Sahelzone von 1968 bis 1973 und 1983 bis 1985 führten zudem zu einer dramatischen Dezimierung der Viehbestände, was wiederum die Migration von Tuareg nach Libyen und Algerien zur Folge hatte. Im Rahmen von Rücksiedlungsprogrammen kehrten 1990 zehntausende Tuareg in ihre ursprünglichen Gebiete zurück und fanden nur unzureichende Erwerbsmöglichkeiten vor.

Gerüchte um die staatliche Veruntreuung internationaler Finanzhilfen für das von den Tuareg bewohnte Gebiet heizten die Stimmung zusätzlich an. Am 11. April 1990 kam es nach der Verhaftung einiger Tuareg-Führer zu Angriffen auf Gefängnis und Verwaltungsgebäude in Tschin-Tabaraden, was ein Massaker nach sich zog, bei dem Regierungssoldaten hunderte – zum Teil unbeteiligte – Personen töteten. Dies wird seither als Geburtsstunde der ersten Tuareg-Rebellion betrachtet. Unterschiedli-

che Interessen führten zu einer Aufspaltung der Rebellbewegung in verschiedene Gruppierungen, die indessen alle von 1994 an in Verhandlungen mit der Zentralregierung traten und Friedensabkommen schlossen.

Der Forderung nach einem föderalen Staat wurde 1994 im Rahmenabkommen von Ouagadougou formal entsprochen und die Dezentralisierung der Verwaltung wurde angekündigt. Darüber hinaus sagte ein späterer Friedensvertrag vom April 1995 ein ökonomisches und soziales Entwicklungsprogramm für die Bereiche Nahrungsmittelversorgung, Ausbildung und Beschäftigung sowie Gesundheit zu. Außerdem sollten die Tuareg politischen Einfluss auf die ressourcenreichen Regionen im Norden gewinnen. Bis 1997 lenkten weitere Splittergruppen ein, unter ihnen selbst solche, die sich aus Toubou rekrutierten, und unterzeichneten Abkommen mit der Regierung. Die öffentliche Zerstörung der Waffen im Jahr 2000 sollte auch symbolisch das Ende der Rebellion markieren und läutete eine siebenjährige, überwiegend gewaltlose Phase im Niger ein.

4.4. Defizitärer Frieden

Diese Abkommen konnten jedoch aufgrund der politischen Instabilität nicht nachhaltig umgesetzt werden. Die Instabilität hatte mehr mit den Problemen im Süden des Landes als mit denen im Norden und allgemein mit den finanziellen Engpässen des Niger in den 1990er Jahren zu tun. Die Unzufriedenheit mit der Umsetzung des Friedensabkommens wurde von Rhissa Ag Boula, dem damaligen Rebellenchef, ehemaligen Tourismusminister und gegenwärtigen Führer der Splitterpartei *Union pour la démocratie et le progrès social* (UDPS), gegenüber einem der Verfasser bereits im Dezember 2006 bestätigt. Die oben angeführten Forderungen der MNJ entsprechen fast vollständig den Forderungen der Rebellen der 1990er Jahre. Die MNJ begreift sich als Vertretung der im Norden lebenden Menschen, die sich als Opfer einer gezielten Marginalisierungspolitik der Regierung sehen. Tatsächlich befinden sich Teile der von Tuareg bewohnten Gebieten innerhalb der „highly food insecure zones“. Dies trifft allerdings im mindestens gleichen Maße für südliche Gebiete zu, in denen die schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen siedeln.

Inwieweit staatliche Gelder den nördlichen Gebieten vorenthalten werden, bleibt schwer zu bestimmen. Das tiefe Misstrauen gegenüber der Zen-

tralregierung wird außerdem durch schlechte Regierungsführung angeheizt. Die Governance-Indikatoren der Weltbank stellen dem Niger bei „Regierungseffektivität“ und „Korruptionskontrolle“ ein schlechtes Zeugnis aus. Im 2007 erschienenen *Corruption Perceptions Index* von *Transparency International* erreichte der Niger nur 2,6 von zehn Punkten und fällt damit in die Kategorie der Länder mit „horrender“ Korruption. Freilich hat das Misstrauen gegenüber der Regierung noch mehr mit der Verteilung der Uraneinnahmen zu tun.

4.5. Wer profitiert vom Uran?

Neben geringem Einkommen und Wachstumschwäche gilt insbesondere die Abhängigkeit von Rohstoffexporten als Konfliktrisiko (Collier et al. 2003). Und obwohl die nigrische Bevölkerung im Wesentlichen auf Subsistenzwirtschaft angewiesen bleibt, ist der Niger bei seinen Exporten vor allem vom Uran abhängig (2005: 30 %). Uran hat dabei auch jenseits der Rohstoffabhängigkeit eine besondere, aktuelle Bedeutung für die Konfliktentwicklung. Seit Jahren steigt der Uranpreis – 2006 um 70 Prozent –, der Niger hingegen profitierte nicht von dieser Entwicklung. Die französische Konzern Areva besaß über Jahre hin ein vertragliches Monopol auf nigrisches Uran weit unter Weltmarktpreisen. Im August 2007 kündigte der nigrische Energieminister Mohamed Abdoulaye die Beendigung der Monopolstellung der Areva an. Obwohl der neu ausgehandelte Preis mit der Areva immer noch unter dem Weltmarktpreis liegt, ist nun die Vergabe von Explorationsgenehmigungen an chinesische, australische, kanadische, russische und südafrikanische Firmen möglich und wird bereits vollzogen.

Neben den ökonomischen Vorteilen für die Regierung könnten Gerüchte um Verhandlungen zwischen der Areva und der MNJ, im Zuge der Überfälle auf Uranminen, ein weiterer Grund für die Aufkündigung der Monopolstellung gewesen sein. Ob das Areva-Konglomerat tatsächlich die Rebellen unterstützt hat, um seine Stellung auf dem nigrischen Markt zu wahren, muss dagegen offen bleiben.

Insgesamt fiel der Anteil des Niger an den Gewinnen aus dem Uranabbau bisher marginal aus. Die französische Areva hält ebenfalls Mehrheiten an den beiden Produktionsfirmen Somaïr und Cominak. Nach Informationen des nigrischen Energieministeriums flossen lediglich 5,5 Prozent der Ge-

winne des Uranhandels an den Staat – im Jahr 2006 gerade einmal 22 Mio. US\$ (IRIN 2007).

Zuletzt wurden im Januar 2007 Explorationslizenzen vergeben, die bis zu 4.000 km² in der Region um Agadez abdecken. Die Umwälzung des nigrischen Uranmarktes ermöglicht höhere Gewinne für die Regierung, an denen die Tuareg stärker beteiligt werden wollen. Forderungen der MNJ nach dem Rückzug aller ausländischen Minenarbeiter verdeutlichen die wirtschaftliche Stossrichtung der Rebellenbewegung. Die Hauptabbaugebiete befinden sich in den mehrheitlich von Tuareg bewohnten Gegenden nordwestlich des Air-Gebirges nahe Arlit, und der Uranabbau wird für regionale Umweltschäden und radioaktive Verstrahlung verantwortlich gemacht. Rebellenführer werden nicht müde zu betonen, dass eine Dezentralisierung im Verbund mit einem stärkeren Zugriff der lokalen Bevölkerung im Norden auf die Urangewinne Grundvoraussetzung für einen Frieden sei.

Erdöl könnte in diesem Zusammenhang ebenfalls für eine Erhöhung der nigrischen Staatseinnahmen sorgen, jedoch zusätzlich konfliktverschärfend wirken. Es werden große Vorkommen im Osten vermutet, wo US-amerikanische, kanadische und chinesische Ölkonzerne bereits seit Jahren langfristige angelegte Explorationsprogramme durchführen.

5. Externe Dimension des Konfliktes

Aufgrund der grenzübergreifenden Siedlung der Tuareg ist stets die Entwicklung in Nachbarstaaten, vor allem Mali, zu beachten. Offizielle Absprachen zwischen malischen und nigrischen Tuareg sind freilich nicht bekannt, obwohl dem MNJ-Chef Aghaly Ag Alambo und dem malischen Tuareg-Führer Ibrahim Bahanga ein vertrautes Verhältnis nachgesagt wird. In beiden Ländern brachen etwa zur selben Zeit Revolten aus. Schon 2006 kam es zu einem Aufstand in Mali, der indessen nach einigen Monaten mit einem Friedensabkommen beendet werden konnte. Seit Mai 2007 haben hingegen auch in Mali wieder aufständische Tuareg Armeeposten attackiert. Ein fragiler Waffenstillstand hält seit September an. Eine weitere Eskalation im Niger könnte ebenfalls erneute Kampfhandlungen in Mali auslösen.

Der „Faktor Libyen“ darf bei dieser Analyse nicht unberücksichtigt bleiben. Bereits im Zuge der Rückwandererwelle zu Beginn der 1990er Jahre kehrten einige Tuareg als Söldner der islamischen

Legion Libyens in den Niger zurück, in der sie für den bewaffneten Kampf ausgebildet worden waren. Ein Territorialstreit zwischen Tripolis und Niamey belastet schon lange die Beziehungen beider Länder. Weiterhin wird Muammar al-Gaddafi von der nigrischen Regierung vorgeworfen, die Revolte zu unterstützen oder gar initiiert zu haben. Tatsächlich ist Gaddafis Rolle undurchsichtig. So gibt es Berichte, die zumindest auf einen regen Austausch zwischen Tuareg-Führern und Gaddafi schließen lassen. Zugleich hat er sich wie in anderen regionalen Konflikten (Mali, Tschad) als Vermittler angeboten.

Hinweise auf enge Verbindungen zwischen islamistischen Gruppen und den aufständischen Tuareg gibt es nicht. Zwar ist die *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC), seit Januar 2007 als *Organisation al-Qaïda au Maghreb islamique* firmierend, ebenso im Niger aktiv, ein enges Bündnis mit den Tuareg-Rebellen erscheint allerdings wenig wahrscheinlich.

Die Aktivitäten der GSPC sind zugleich eine der Ursachen für die Präsenz kleinerer US-Einheiten, die im Rahmen der *Trans-Sahara Counterterrorism Initiative* (TSCTI) südwestlich von Arlit stationiert sind. Ferner ist Frankreich für den Konflikt von Bedeutung, das großen Druck auf die Regierung auszuüben vermag. 2004 war Frankreich für über zwei Drittel der Entwicklungshilfe an den Niger verantwortlich und ist gleichzeitig Hauptim- und -exporteur. Weder Paris noch Washington haben indessen bislang ein profiliertes Engagement im Konflikt erkennen lassen.

6. Ausblick und Lösungsansätze

Die weiteren Entwicklungen im Niger sind nur schwer zu prognostizieren. Von einer schnellen Lösung ist nicht auszugehen. Wenn man die Revolten in Mali und Niger seit den 1960er Jahren als Ganzes betrachtet, zeigen sich Parallelen, die folgende vorsichtige Prognose zulassen: Wahrscheinlich wird es zu einer Zersplitterung der Rebellenbewegung kommen. Die erste Abspaltung, die *Mouvement des jeunes arabes* (MJA), hat es offenbar bereits im Sommer 2007 gegeben. Hier wird deutlich, dass die Rebellenbewegung in sich ethnisch gespalten ist und unterschiedliche Ziele verfolgt, aber auch die nigrische Armee wird keinen militärischen Sieg davontragen können. Je nach Verlauf der Kampfhandlungen der kommenden Monate ist nicht unwahrscheinlich, dass die Anerkennung der Re-

bellengruppe erfolgen wird, um Verhandlungen zu ermöglichen.

Ein Patentrezept zur Lösung des Konfliktes gibt es nicht. Unter Berücksichtigung des Konzeptes der Konfliktfalle und der oben beschriebenen Unzufriedenheiten lassen sich jedoch vorsichtig Lösungsansätze formulieren:

- Eine notwendige Voraussetzung für eine letztlich alternativlose Verhandlungslösung ist die Anerkennung der MNJ und/oder der anderen Rebellengruppen als Verhandlungspartner, wie dies bereits in vergleichbaren Aufständen in Mali (1962-1963, 1990-1996, 2006) und Niger (1990-1995) geschah.
- Ein umfassender Friedensvertrag muss die Anliegen der Tuareg – Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Urangewinnen, Stärkung der zivilen Repräsentation durch mehr Autonomie oder Dezentralisierung und das Ende der Marginalisierung der im Norden lebenden Menschen durch gezielte Entwicklungsprogramme – ernst nehmen. Angesichts des Schicksals des Friedensvertrags der 1990er Jahre muss dafür Sorge getragen werden, dass er nachhaltig umgesetzt wird.
- Nachhaltigkeit setzt natürlich den guten Willen der Regierung und der Rebellen voraus und muss neben der Erfüllung der politischen Forderungen vor allem die allgemeine Verbesserung der sozioökonomischen Lage beinhalten, wobei sich auch die Lebensbedingungen der schwarzafrikanischen Bevölkerung spürbar positiv verändern sollten. Nur so kann der fatale Eindruck vermieden werden, dass der Griff zu den Waffen den Tuareg einen Vorteil gegenüber der Bevölkerungsmehrheit einbringt.
- Der Niger kann der Konfliktfalle daher nur entkommen, wenn die sozioökonomische Entwicklung vorangetrieben wird. Dazu sind vor allem Maßnahmen in der Bildungspolitik und eine Dämpfung der hohen Geburtenrate erforderlich, allerdings auch Erfolge bei der Regierungsführung, die eine nachhaltige Korruptionsbekämpfung in der politischen Klasse und den Aufbau einer effektiven Verwaltung einschließen.

Westliche Geber bleiben aufgerufen, die genannten Schritte nachhaltig zu unterstützen. Dazu mag politische Konditionalität bei der guten Regierungsführung weiter notwendig sein – selbst wenn deren Wirkkraft angesichts des wachsenden Einflusses der VR China eher im Nachlassen begriffen sein dürfte. Mindestens ebenso wichtig und aussichtsreich er-

scheinen daher Unterstützungsmaßnahmen, wozu gehören sollte, dass der Niger einen angemessenen Anteil an der Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen erhält.

Literatur

- Collier, Paul / Elliott, V. L. / Hegre, Håvard / Hoefler, Anke / Reynal-Querol, Marta / Sambanis, Nicholas (2003): *Breaking the conflict trap: civil war and development policy*, Oxford.
- Economist Intelligence Unit (2007): *Country Report Niger, Main Report – November 2007*.
- Integrated Regional Information Networks (IRIN) (2007): *Niger: Uranium – Blessing or Curse?*, Report (10. Oktober).
- International Crisis Group (2007): *Crisis Watch Niger*, www.crisisgroup.org/home/index.cfm?action=cw_search&l=1&t=1&cw_country=81&cw_date= (Zugriff: 14.12.2007).
- Mouvement des Nigériens pour la Justice (MNJ): <http://m-n-j.blogspot.com/>.
- www.presidence.net/ (Präsidentenamts der Republik Niger).

■ Autoren

Dr. Matthias Basedau leitet den Forschungsschwerpunkt 2 („Gewalt, Macht und Sicherheit“) am GIGA und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA-Institut für Afrika-Studien.

E-Mail: basedau@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/basedau>.

Benjamin Werner ist Praktikant am GIGA-Institut für Afrika-Studien und bei der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) an der Universität Hamburg zuständig für den Niger.

■ Gegenwärtige GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 wird zurzeit das DFG-Projekt „Parteien und Parteiensysteme im frankophonen Afrika“ bearbeitet (Benin, Burkina Faso, Mali, Niger). Zugleich wird das DFG-Projekt „Risiko Ressourcenreichtum?“ im Forschungsschwerpunkt 2 durchgeführt. Beide werden von Dr. Matthias Basedau geleitet.

■ GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias (2005): Context Matters – Rethinking the Resource Curse in sub-Saharan Africa, GIGA Working Paper Nr. 1.

Basedau, Matthias (2006): Politische Krise und Erdöl im Tschad – ein „Modell“ am Ende?, GIGA Focus Afrika Nr. 3.

Basedau, Matthias / Mattes, Hanspeter / Oettler, Anika (Hg.) (2005): Multiple Unsicherheit. Befunde aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost, Hamburg: DÜI.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg